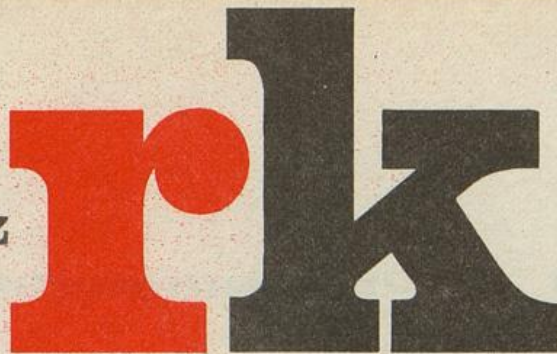


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 11. Februar 1985

Blatt 316

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Mayr: Einigung mit privaten Krankenversicherungen
(grau) möglich

Kommunal:
(rosa)

1,5 Millionen Hefte für die Pflichtschüler
Trotz Salzstreuverbots weniger Winter-Unfälle
Ball der Wiener in Rom
öVP: Atemwegserkrankungen nehmen wegen
Luftverschmutzung zu
Mayr: Bund zahlt für "Stadtstraßen"

Nur

über FS: 10.2. Straßenbahn stieß mit PKW zusammen
 11.2. Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

.....
Bereits am 8. Februar 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Mayr: Einigung mit privaten Krankenversicherungen möglich

=++++

7 Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Wiens Vizebürgermeister Hans MAYR begrüßt die Bereitschaft der privaten Krankenversicherungen, eine gemeinsame Lösung zur Finanzierung der Behandlungskosten mit dem Nierensteinzertrümmerer anzustreben. "Wenn neue Behandlungsmethoden gefunden werden, die noch dazu humaner und effizienter sind, so dürfen administrative Fragen nur eine Nebenrolle spielen. Bei der Behandlung mit dem Nierenlithotripter treten noch dazu praktisch keine Mehrkosten auf. Ich bin auch davon überzeugt, daß die Wiener Gebietskrankenkasse, trotz des mir unerklärlichen Widerstandes von Generaldirektor Otmar PASCHER, einer gemeinsamen Lösung der Kostenfrage zustimmen werden."

Zwtl.: Kein Bruch des KRAZAF!

Die Aussage von Generaldirektor Pascher, daß die Vorgangsweise der Stadt Wien einen Bruch des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds (KRAZAF) darstelle, weist Vizebürgermeister Mayr zurück. "Das ist lediglich darauf zurückzuführen, daß Generaldirektor Pascher an den Verhandlungen nicht teilgenommen hat. Es wurde von mir in diesen Gesprächen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Stadt Wien die Absicht zur Errichtung eines privaten Nierenzentrums habe und, daß dies durch den vereinbarten Text des KRAZAF-Übereinkommens nicht ausgeschlossen sei. Ich möchte daher Herrn Pascher empfehlen, bevor er solche Unterstellungen ausspricht, sollte er sich bei den Verhandlungsteilnehmern seitens der Sozialversicherung über den Gesprächsverlauf informieren", schloß Mayr. (Schluß) fk/gg

NNNN

1,5 Millionen Hefte für die Pflichtschüler

=++++

2 #Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Den Ankauf von Schreib- und Zeichenrequisiten für die Wiener Pflichtschulen um rund 14 Millionen Schilling beschloß Montag der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend und Familie.#

Die Wiener Pflichtschulen sind für das kommende Schuljahr gerüstet. 13.000 Lineale, 10.000 Zirkel und 25.000 Zeichendreiecke werden den Schülern helfen, ihr Wissen in rund 1,5 Millionen Schulheften und auf einer Million Zeichenblättern zu Papier zu bringen. Damit alles korrekt an der Schultafel steht, gibt es 18.000 Stück weiße und bunte Schulkreide, 15.000 Schwämme und 5.000 neue Tafeltücher. Rund 100.000 Bogen Seiden-, Krepp- und Buntpapier sowie 400 Kilogramm Plastilin stehen den Kindern zum Basteln zur Verfügung und öffnen zahllose Möglichkeiten. Außerdem gibt es 132.000 neue Schneid- und Redisfedern und rund 100.000 Filzstifte sowie 2.000 Radiergummis. (Schluß) je/gg

NNNN

Trotz Salzstreuverbots weniger Winter-Unfälle (1)

Utl.: Rautner: Wiener fahren bei Eis und Schnee vorsichtiger

=++++

3 #Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Bei der Einführung des Salzstreuverbots im Dezember 1982 wurde vielfach die Befürchtung geäußert, es werde nun auf den Wiener Straßen zu einer Zunahme der schweren Verkehrsunfälle kommen. Wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER Montag der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, waren diese Befürchtungen unbegründet. Im Gegenteil: die Zahl der auf winterliche Fahrverhältnisse zurückgeführten, registrierten Unfälle mit Personenschaden nahm um etwa ein Drittel ab. Grund dafür: die Wienerinnen und Wiener fuhren nach dem Salzstreuverbot offensichtlich wesentlich vorsichtiger als vorher.#

Die Verkehrssicherheitstechniker der für die Verkehrsorganisation zuständigen Magistratsabteilung 46 untersuchten das Unfallgeschehen jeweils acht Wintermonate (Jänner, Februar, März, November, Dezember 1981, Jänner, Februar, März 1982) v o r und acht Monate n a c h Einführung des Salzstreuverbots (Jänner, Februar, März, November, Dezember 1983, Jänner, Februar, März 1984). Im Beobachtungszeitraum vor dem Streuverbot (241 Wintertage) wurden an 81 Tagen Unfälle durch Winterglätte, im Beobachtungszeitraum nachher (242 Wintertage) an 74 Tagen Unfälle durch Winterglätte registriert. Vorher gab es 513, nachher 288 Unfälle mit Personenschaden durch Winterglätte. Vorher gab es bei Eis und Schnee auf den Fahrbahnen 6,9, nachher 3,9 Unfälle mit Personenschaden pro Unfalltag. (Forts.) sc/ko

NNNN

Trotz Salzstreuverbots weniger Winter-Unfälle (2)

=++++

4 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Bei den 513 Winterunfällen mit Personenschaden vor Einführung des Salzstreuverbots gab es 12 Tote, 162 Schwerverletzte, 464 Leichtverletzte und 47 Verletzte unbestimmten Grades. Bei den 288 Unfällen nachher wurden 7 Tote, 77 Schwerverletzte, 283 Leichtverletzte und 21 Verletzte unbestimmten Grades gezählt.

Auch wenn man berücksichtigt, daß es im Beobachtungszeitraum nach Einführung des Salzstreuverbots auf den Wiener Straßen weniger Eis-und-Schnee-Unfallstage gab und wenn man außerdem eine Beziehung zu den Verkehrsfrequenzen an diesen Tagen herstellt, kommt man zu dem Ergebnis, daß die Unfälle mit Personenschaden um etwa ein Drittel zurückgegangen sind.

Im allgemeinen ist aber natürlich, so Stadtrat Rautner, auf Schnee-, Eis- und Matschfahrbahnen das Risiko, bei einem Verkehrsunfall verletzt zu werden, wesentlich höher als auf trockenen oder nur nassen Fahrbahnen, und zwar um bis zu 15 Prozent. Die schwerwiegenden Fahrfehler: zu hohe Geschwindigkeit und zu geringer Abstand. Außerdem kann man sich bei winterlichen Fahrverhältnissen nicht darauf verlassen, daß andere Verkehrsteilnehmer die eigenen Fahrfehler eventuell noch ausgleichen können. (Schluß) sc/gg

NNNN

Ball der Wiener in Rom

=++++

5 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Der "Ball der Wiener" im Grand Hotel in Rom bildete am vergangenen Samstag einen Höhepunkt der heurigen Faschingssaison in der italienischen Hauptstadt. Die Veranstaltung wurde vom Wiener Bürgermeister Dr. Helmut ZILK eröffnet. Für typische Wiener Musik sorgte das Orchester von Norbert PAWLICKI, die Staatsoperntänzerin Susanne KIRNBAUER zeigte Spitzenleistungen des Wiener Balletts. Gute Laune und die "Wiener Note" verbreitete die Sängerin und Schauspielerin Dagmar KOLLER.

Der "Ball der Wiener" wurde heuer zum achten Mal durchgeführt, Inge BACHER-DALMA sorgte als Organisatorin für den reibungslosen Ablauf. An der festlichen Ballveranstaltung nahmen die Spitzen der römischen Gesellschaft teil, Österreich war durch den Botschafter in Rom Dr. Friedrich FRÖHLICHSTHAL vertreten. (Schluß) red/ko

NNNN

öVP: Atemwegserkrankungen nehmen wegen Luftverschmutzung zu

=++++

7 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) öVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK stellte am Montag in einem Pressegespräch fest, daß die Kinderärzte eine Zunahme von Atemwegserkrankungen bemerken. Laut einer Umfrage des Fessel-Institutes, die Dr. Rudolf BRETSCHNEIDER vorlegte, registrierte ein Drittel der österreichischen Kinderärzte in den letzten fünf Jahren eine Zunahme der Atemwegserkrankungen vor allem bei Kleinkindern. Die akute Bronchitis wurde von mehr als 40 Prozent der Ärzte häufiger festgestellt. Die Hälfte der Ärzte führt diese Zunahme auf die steigende Luftverschmutzung zurück.

Zwtl.: Kritik an Straßenbauplanungen

GR. Dipl.-Ing. Roderich REGLER (öVP) kritisierte die Wiener Straßenbauvorhaben, vor allem das geplante Übereinkommen zwischen Bund und Wien für die Planung und Errichtung von Bundesstraßen. Die Beteiligung Wiens an der neuzugründenden Straßenbaugesellschaft führe dazu, daß Wien für Bundesstraßen mitzahlen müsse. Als problematisch bezeichnete Regler die Straßenbaunovelle, in der die Flötzersteigstraße weiter vorkommt, während die Tieflegung der Westeinfahrt nicht aufscheine. Die öVP fordert die Veröffentlichung des Straßenbauprogrammes. (Schluß) fk/gg

NNNN

Mayr: Bund zahlt für "Stadtstraßen"

=++++

8 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Die Besorgnis der Wiener ÖVP, die Stadt Wien werde über die neue Straßenbaugesellschaft dem Bund finanzielle Verpflichtungen für den Bundesstraßenbau in Wien abnehmen, ist unbegründet, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Montag der "RATHAUSKORRESPONDENZ". In der von Bautenminister Karl SEKANINA und Bürgermeister Dr. Helmut ZILK paraphierten Vereinbarung wird ausdrücklich festgehalten, daß der Bund die Kosten u. a. für den umweltgerechten Aus- und Umbau des Gürtels sowie der West- und Südeinfahrt Wiens übernimmt, betonte Mayr. (Schluß) sei/gg

NNNN